



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

104. Sitzung (öffentlich)

20. November 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:35 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800
Drucksache 17/11850

Erläuterungsband Einzelplan 08
Vorlage 17/3974

Einführungsbericht Einzelplan 20
Vorlage 17/3984

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zu den Einzelplänen 08 und 20
Vorlage 17/4237

Ausschussprotokoll 17/1166 (*Anhörung des HFA am 29.10.2020*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der Fraktionen zu Einzelplan 08 ab, siehe Vorlage 17/4257.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan 08 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Einzelplan 20 ab, siehe Vorlage 17/4258.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan 20 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Einheitslastenausgleichsgesetzes NRW (2. ELAGÄndG NRW)

13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11142

Schriftliche Anhörung des Ausschuss
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/3107
Stellungnahme 17/3108
Stellungnahme 17/3213
Stellungnahme 17/3217

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

- 3 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder (Gewerbesteuer ausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalen – GewStAusgleichsG NRW) 14**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11195

Ausschussprotokoll 17/1188 (*Anhörung am 06.11.2020*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

- 4 Partizipation an EU-Programmen sicherstellen – Die Landesregierung darf die Kommunen nicht im Stich lassen! 16**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11177

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

- 5 Europäisches Bauhaus-Projekt im nördlichen Ruhrgebiet – Interdisziplinäres Reallabor für nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte 17**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11654

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

**6 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW
und zur Änderung weiterer Gesetze** **18**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11622

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

7 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11624

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

8 **Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen** 20

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 17/4246
Vorlage 17/4247
Vorlage 17/4256

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

7 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, des Landesforstgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/11624

(Der Gesetzentwurf wurde am 11.11.2020 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Unterausschuss Bergbausicherheit, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie an den Innenausschuss überwiesen.)

Johannes Remmel (GRÜNE) schlägt die pflichtige Beteiligung an der Anhörung im federführenden Ausschuss vor.

Fabian Schrumpf (CDU) hält die nachrichtliche Beteiligung für ausreichend, zumal jeder Abgeordnete mit Blick auf die Möglichkeit wegen der Coronapandemie, Ausschusssitzungen über den Livestream zu verfolgen, der Anhörung folgen könne.

Stefan Kämmerling (SPD) kritisiert, die öffentliche Übertragung der Anhörungen habe Schwarz-Gelb verhindert. Der Gesetzentwurf stelle einige Kommunen vor sehr große Herausforderungen, zumal das Einvernehmen in § 16 durch Benehmen ersetzt werde, was die Kommunen zwar begrüßten, aber eine elementare Veränderung bedeute.

Die Experimentierklausel für das Braunkohleplanungsverfahren bedeute für die Anrainerkommunen eine brachiale Veränderung, die sie allerdings gar nicht so schlecht fänden.

Bei den Umweltverträglichkeitsprüfungen sollten zudem nicht nur betriebsplanpflichtige Vorhaben diskutiert werden, sondern auch andere.

Er fasst zusammen, da der Geschäftsbereich des Kommunalausschusses also sehr betroffen werde, werbe er für eine pflichtige Anhörung.

Stephan Haupt (FDP) hält eine nachrichtliche Beteiligung gleichwohl für ausreichend.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich und nicht pflichtig zu beteiligen.

